

A m e r i c a A l e r t

Informationsservice des Washingtoner Büros der FES

Ausgabe 7/2005 – 10. November 2005

Die Bush-Administration in der Legitimationskrise

I

Die Wahlergebnisse vom 8. November 2005 bei den Gouverneurswahlen in **Virginia** und **New Jersey**, bei Wählerinitiativen in Kalifornien, Ohio und Texas und auf kommunaler Ebene in New York City und anderen Städten und Gemeinden haben im Weißen Haus die Alarmglocken laut und vernehmlich klingen lassen. Nicht nur die Umfragen zeigen, dass die **Bush-Administration** den Rückhalt in der öffentlichen Meinung Amerikas verloren hat. Die Zustimmung für die Amtsführung von Präsident **Bush** ist dramatisch zurückgegangen. Nur noch weniger als 40% der Amerikaner sind mit seiner Politik einverstanden. 57% sind nicht mit der Amtsführung einverstanden. Themen wie der Irak-Konflikt, die Terrorismus-Bekämpfung und die Wirtschaftspolitik, wo **George W. Bush** bisher immer relativ hohe Zustimmung für seine Politik erhielt, sind heute negativ besetzt. Im Falle des Irak-Kriegs sagen sogar 55% der Amerikaner, dass die Bush-Administration die Öffentlichkeit bewusst getäuscht hat. 61% sind nicht mit der Wirtschaftspolitik einverstanden.

Der nicht enden wollende Krieg im Irak schlägt nun in eine innenpolitische Belastung um. Die Wähler ziehen ihre eigenen Schlussfolgerungen aus dem Desaster im Irak und einem politischen Führungsstil, der jetzt erstmals auch moralische und ethische Zweifel an der Kompetenz des Amtsinhabers im Weißen Haus aufkeimen lässt. Mehr noch: Im Hinblick auf die anstehenden Zwischenwahlen im Herbst des Jahres 2006 und die dann folgenden Präsidentschaftswahlen im Jahre 2008 scheinen sich die Gewichte gegen die Republikanische Partei zu verlagern. Es wird nicht mehr für ausgeschlossen gehalten, dass die zahlenmäßig knappen Mehrheiten der Republikaner im Senat (55:45) und im Repräsentantenhaus (231:202 bei einer unabhängigen Stimme) schon bei den Wahlen im Herbst 2006 verloren gehen könnten.

Was die Republikanischen Parteistrategen nachhaltig beunruhigt, ist die Tatsache, dass der im Prinzip Republikanische Staat Virginia am 8. November dieses Jahres so eindeutig in Demokratische Hände gefallen ist. Das ist in erster Linie wohl dem bisherigen Demokratischen Gouverneur von Virginia, **Mark Warner**, zu verdanken. **Warner** hat sich mit seiner unideologischen, pragmatischen und fiskalisch konservativen Politik auch als Demokrat in einem überwiegend Republikanisch geprägten Einzelstaat durchsetzen können, obwohl die Republikanische Partei hier insbesondere bei den stark kirchlich geprägten Wählern dieses Staates in der unmittelbaren Umgebung der amerikanischen Hauptstadt starken Rückhalt hatte. Der Republikanischen Partei in Virginia wird sogar nachgesagt, de facto in den Händen evangelikaler Christen zu sein. Der Demokratische Kandidat und Nachfolger von **Mark Warner** im Amt des Gouverneurs, **Tim Kaine**, konnte vor allem in den großen städtischen Zentren dieses Südstaats Stimmen gewinnen. Bei den Präsidentschaftswahlen 2004 hatte Virginia mehrheitlich für **George**

W. Bush gestimmt.

Das Wahlergebnis von Virginia befördert vor allem die politischen Ambitionen des bisherigen Gouverneurs **Mark Warner**. Ihm werden nun neben **Hillary Clinton** mit die besten Chancen eingeräumt, den Demokraten 2008 zum Wahlsieg zu verhelfen.

In den Gouverneurswahlen von New Jersey hat sich Senator **Jon Corzine** trotz der skandalumwitterten Amtsführung seines Demokratischen Vorgängers, **James McGreevey**, durchsetzen können, der sich in einer homosexuellen Affäre verding und zurücktreten musste. Die Wiederwahl von Bürgermeister **Michael Bloomberg** in New York, der mit einem gewaltigen Vorsprung an Stimmen (59%:39%) gewann, kann nicht als ein Ergebnis gegen den starken Demokratischen Trend des Gesamtergebnisses dieser Wahl gewertet werden. **Bloomberg** ist von seinem Programm und seiner politischen Philosophie her kein Republikaner und konnte sich in der mehrheitlich Demokratischen Stadt New York nur mit Positionen durchsetzen, die der Demokratischen Partei näher standen als den Republikanern.

Einen Rückschlag musste auch **Arnold Schwarzenegger** in Kalifornien hinnehmen. Seine in einem Referendum anstehenden Initiativen wurden allesamt abgelehnt. **Schwarzenegger** versuchte über den Weg der Wählerinitiative neue Budgetvollmachten zu erhalten, die Probezeit für neue Lehrer zu verlängern, die Gewerkschaften zu zwingen, eine schriftliche Genehmigung der Mitglieder für Ausgaben für Wahlkampfszwecke einzuholen und *last but not least* die Zuständigkeit für den Zuschnitt von Wahlkreisen dem Parlament zu entziehen und einem "unabhängigen" Gremium zu übertragen. Seine hohe Popularität liegt nun in Trümmern. Die Zustimmung zu seiner Amtsführung beträgt nur noch wenig mehr als 30 Prozent. Als stärkste Gegenmacht für **Schwarzenegger** haben sich die Gewerkschaften erwiesen. Sie fühlten sich besonders von ihm herausgefordert und können sich nun als die eigentlichen Sieger des Wahlgangs in Kalifornien betrachten.

II

Die Gründe für das schlechte Abschneiden der Republikaner in den Meinungsumfragen und bei den Wahlen sind vielfältig und für die **Bush-Administration** nicht nur mit einem vorübergehenden Stimmungstief in der öffentlichen Meinung zu erklären. Die Unzufriedenheit mit der **Bush-Administration** liegt tiefer. **George W. Bush**, der für seine Instinktsicherheit bekannt und mit einer hochgradigen Witterungsfähigkeit ausgestattet ist, ahnte **Bob Woodward** zu Folge selber, dass er mit der Entscheidung für den Krieg im Irak seine Präsidentschaft aufs Spiel setzen würde. Die Parallele mit **Helmut Schmidt** liegt hier durchaus nahe. Auch er ahnte damals, dass er mit dem Doppelbeschluss stehen oder fallen werde. Und so wie **Helmut Schmidt** könnte es auch **George W. Bush** ergehen: Selbst wenn sich seine Vorstellungen von Regimewechsel und Demokratisierung im Irak langfristig durchsetzen sollten (bei **Helmut Schmidt** war es die Nulllösung) wird der Erfolg – wenn überhaupt – zu spät kommen. Die amerikanische öffentliche Meinung zur Kriegsführung im Irak ist umgekippt. **George W. Bush** steht vor einer Legitimationskrise. Sie ist nicht nur wegen der immer noch steigenden Verluste an Menschenleben ausgelöst worden. Die Zahl der amerikanischen Opfer liegt jetzt bei über 2000. Die Mehrheit der AmerikanerInnen ist der Auffassung, dass der Krieg nicht diese großen Opfer an Menschenleben und den gewaltigen materiellen Aufwand wert ist, der erforderlich ist, um diesen Krieg zu Ende führen. Zwar versteht man, dass sich Amerika nicht einfach aus dem Irak zurückziehen kann – die Folge wäre der Bürgerkrieg – aber jetzt geht es um die politische Verantwortung für das Desaster im Irak und dabei kommen nun Wahrheiten ans Licht, die der **Bush-Administration** für die verbleibende Amtszeit wie Mühlsteine um den Hals hängen werden.

Niemand hätte erwartet, dass der Fluch der zweiten Amtszeit so massiv und zu diesem Zeitpunkt – ein Jahr vor den Zwischenwahlen und drei Jahre vor dem Ende der Amtszeit von **George W. Bush** – die Bush-Administration heimsuchen würde. Als Schlüsselereignis für den Niedergang der **Bush-Administration** wird sich die auf den ersten Blick eher harmlos erscheinende Untersuchung des Falles **Valerie Plame** erweisen, deren Identität als CIA-Agentin vom Weißen Haus illegal preisgegeben wurde, um damit die Ergebnisse der Untersuchung zu diskreditieren, die ihr Ehemann, Botschafter **Joseph Wilson**, in Niger durchführte. Dabei ging es um die Frage, ob **Saddam Hussein** tatsächlich versucht habe, sich in Niger Uran zu beschaffen, um damit nuklearfähig zu werden. Die Annahme, dass **Saddam Hussein** genau dies vorhabe, gehörte zum Kern der Argumentation für den Krieg. **Condoleezza Rice** und andere beschworen damals bildreich die pilzförmige Wolke einer Atomexplosion, um darzulegen, dass es dann zu spät sei und man jetzt **Saddam** mit Gewalt entwaffnen müsste. Die Untersuchung von **Joseph Wilson** entlarvte die These von der Uranbeschaffung in Niger als Fälschung und die Administration wusste also gut ein Jahr vor dem Krieg, dass das Nuklearwaffenargument ohne sichere Grundlage war. Trotzdem musste Außenminister **Colin Powell** vor dem UN Sicherheitsrat argumentieren, dass die Sorge Amerikas vor einer irakischen Nuklearwaffe berechtigt sei. In dem noch laufenden Prozess des

unabhängigen Untersuchungsrichters **Fitzgerald** stehen jetzt nicht nur der Stabschef von Vizepräsident **Cheney**, **Lewis (Scooter) Libby**, unter Anklage. In vieler Hinsicht steht hier der Irak-Krieg vor Gericht. Auch **Karl Rove** bleibt weiterhin unter Verdacht, den Namen der CIA-Agentin **Valerie Plame** gegenüber Reportern preisgegeben zu haben, ein unter hoher Strafe stehendes Vergehen. **Judith Miller**, bis vor wenigen Tagen noch Reporterin der New York Times, ging 85 Tage in Beugehaft, um **Lewis (Scooter) Libby** nicht als ihre Quelle preisgeben zu müssen, obwohl sie gar nicht über die Sache selber berichtet hatte (siehe dazu auch America Alert 6/2003). Sonderermittler **Fitzgerald** stützt nun seine Anklage gegen **Libby** u.a. auch auf Aussagen von **Judith Miller** vor der *Grand Jury*, die diesen Fall zu behandeln hat.

III

Mit der Anklage gegen **Libby** und dem Verdacht gegenüber **Karl Rove** reichen die Spuren nun ins Weiße Haus. Vizepräsident **Cheney** muss möglicherweise vor der *Grand Jury* aussagen. Der Druck, der nun auf dem Weißen Haus lastet, ist ungeheuer und er nimmt auch unter dem Eindruck anderer Fehler und Fehlentscheidungen des Präsidenten zu. Da ist vor allem die Entscheidung, **Harriet Miers**, Rechtsberaterin des Weißen Hauses und enge Mitarbeiterin von **George W. Bush**, als Richterin für den *Supreme Court* vorzuschlagen. Die Nominierung musste unter kläglichen Umständen zurückgezogen werden. Dies kam nach der äußerst entscheidungsschwachen und enttäuschenden Reaktion auf die schlimmen Folgen von Hurrikan **Katrina** und **Rita**. Mitarbeiter des Weißen Hauses sind in den Betrugs- und Finanzskandal des Lobbyisten **Jack Abramoff** verwickelt. Die New York Times berichtet sogar von einem Treffen zwischen Präsident **Bush** und dem Präsidenten **Omar Bongo** von Gabun am 24. Mai 2004, das angeblich zu einem Preis von 9 Mio. Dollar von **Jack Abramoff** vermittelt worden sei. Dies alles sind schwere Einschlüsse, die nun direkt auf das Weiße Haus niedergehen und genau den Bereich unterminieren, der **George W. Bush** gegenüber der **Clinton-Gore Administration** als Legitimationsgrundlage für seine Präsidentschaft gedient hat: Sauberkeit und Amtswürde. Tief sitzt auch der Schock über Berichte der Washington Post, dass die CIA nicht nur in Afghanistan und Guantanamo Bay Sondergefängnisse errichtet habe, sondern dies auch an geheim gehaltenen Orten in zwei Staaten in Osteuropa tue.

Kann sich **George W. Bush** von diesem Joch befreien? Die Blicke richten sich jetzt vor allem auf Vizepräsident **Cheney**. Er, so ist vor allem den Aussagen von **Lawrence Wilkerson**, enger Vertrauter und Stabschef von Außenminister **Powell**, zu entnehmen, habe im Zusammenspiel mit Verteidigungsminister **Rumsfeld** praktisch den normalen Entscheidungsprozess im Vorfeld des Irak-Krieges umgangen und im Stile einer Kabale die regulären Kontrollen und Entscheidungswege umgangen, um das gewünschte Ergebnis zu erzielen: die Entscheidung für den Krieg. Auch das soeben erschienene Buch von **George Packer**: "The Assassin's Gate: America in Iraq," untermauert die These einer Umgehung normaler Entscheidungsprozesse, um den Krieg möglich zu machen. Die Geschichte dieses Krieges wird zur Zeit neu geschrieben und **George W. Bush** könnte mit seiner dunklen Ahnung Recht bekommen, dass die Irak-Entscheidung auch über das Bild seiner Präsidentschaft in der Geschichte entscheiden wird.

Ein Befreiungsschlag des Weißen Hauses könnte möglicherweise darin bestehen, Vizepräsident **Cheney** auszuwechseln und diesen Schachzug gleichzeitig dazu zu benutzen, den neuen Vizepräsidenten als Kandidat/in für die Präsidentschaftswahl des Jahres 2008 aufzubauen. In der Spekulationspresse wurden dafür Senator **McCain** und **Condoleezza Rice** gehandelt. Keine Spekulation ist, dass **George W. Bush** jetzt sowohl inhaltlich wie personell zum Handeln gezwungen ist, um seine Präsidentschaft über die Ziellinie von 2008 zu retten.

Dieter Dettke
Washington, DC, 10. November 2005

Dokument:

Transkript vom 19. Oktober 2005

Forum der New America Foundation:

WEIGHING THE UNIQUENESS OF THE BUSH ADMINISTRATION'S NATIONAL SECURITY
DECISION-MAKING PROCESS: BOON OR DANGER TO AMERICAN DEMOCRACY?

WITH COL. LAWRENCE WILKERSON, USA (RET.) FORMER CHIEF OF STAFF, DEPARTMENT OF
STATE, 2002-2005